

Volks-Zeitung

„Matt und stimmunglos.“

Die „St. Corv.“, das offizielle Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, schreibt:

Wenige Tage nur trennen uns noch von den Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus. Man müßte meinen, daß eine tiefergehende Erregung sich der Bevölkerung bemächtigt hätte, daß die Flugblätter über das ganze Land hin angestreut würden, daß die Versammlungen mit lebhaften Debatten einander folgten und daß sich über die Zeitungen ergöbe.

Aber nur ein leises Wohlwollen ist es, das vor vernünftigen, keine große Erregung, kein Aufbegehren zu den Versammlungen, keine Fülle von Leitartikeln, Eingeladenes und Entschlossenen in den Zeitungen, keinerlei heftige Kämpfe vor den Wählermassen durch die Wahlkampagne dahin, und es würde wie ein guter Scherz, als man sich in irgendeiner Stadt der Bürgermeister als Polizeichef einer Umzug der Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie mit der Motivierung verbot, daß jetzt in der Zeit der Landtagswahlen die Gemüter außerordentlich erregt seien.

Die Parteien tun natürlich ihre Pflicht und geben sich die redliche Mühe, die Wahlbewegung so fröhlich zu beleben, wie es ihnen nur irgend gelingen kann. Die reglementsmäßigen Versammlungen werden abgehalten, die nötigen Flugblätter verteilt, die Wahlmänner aufgestellt und die Beeinflussung von Mann zu Mann wird natürlich eifrig betrieben. Aber es ist kein Scherz in der Absicht, die Wahlkämpfe ist überall auf die zweite oder gar auf die dritte Schnelligkeit eingestellt. Auch bei der Sozialdemokratie ist von einem lebhafteren Treiben keine Rede. Daß die Konventionen an sich die Neigung haben, von den Landtagswahlen so wenig wie möglich herzumachen, erklärt sich ganz von selbst aus ihrem eigenen Nutzen. Sie mit der Wahl verbunden werden soll, um so besser ist es für die konservative Sache. Eine Wahlbeteiligung von fünf bis höchstens zehn Prozent — das ist das Ideal der konservativen Parteien, die um so größere Geschäfte machen, je weniger sich die Bevölkerung um die Wahlen kümmert.

Die preussischen Verfassungskonventionen sind ja auch von vornherein darauf angelegt, ein intensiveres Interesse an dem Wohlgefallen zu unterbinden. Sie mit der Wahl verknüpfen Schrecken, die mißliebigen Schicksale, die den Wählern auch noch durch eigentümliche Einstellung der Urwahlbehörden von den Behörden bereit werden, die Indifferenz des Verfahrens und vor allen Dingen die Öffentlichkeit — alles dies trägt dazu bei, die Wahlbeteiligung auf ein bedäunend niedriges Niveau heruntersubjizieren. Zur Zeit waren bei den Wahlen im Jahre 1908 erreicht wenn nicht alles Maßstäb, wird auch diesmal nicht ein wesentlich höherer Prozentsatz erreicht werden.

Die unendlichen Schwierigkeiten bei dem jetzigen System, namentlich auch die Tatsache, daß die in den einzelnen Urwahlbezirken und Abteilungen vorhandenen Minderheiten vollständig unter den Tisch fallen und für das Gesamtergebnis absolut nicht in Betracht kommen, müssen notwendig einen lähmenden Einfluß auf die Wahlteilnahme ausüben. Auf dem Lande tritt ihn der Verwaltungsapparat, der prompt im Sinne der konservativen Parteien wirkt, hemmend entgegen, und in den Städten scheuen sich Gewerbetreibende und Handwerker sehr häufig, auch nur zur Wahl zu gehen, geschweige denn, daß sie ein Wahlmandat übernehmen wollen. Hier ist es die Angst vor dem Verlust der Sozialdemokratie, der die bürgerlichen Elemente abhält, sich ihres Wahlrechts zu bedienen.

Ein französisches Wahlgesetz, das die Wähler mit Furcht und Schrecken erfüllt und sie zum erheblichen Teil zur Chuzmaß verdammt! Nur ganz große Mittel wären infolgedessen, eine Veränderung in der Stimmung der Wählerkreise gegenüber diesem Wahlverfahren herbeizuführen. Aber solche Mittel sind nicht da, es ist hier ein trüber Areskaval: Weil die Wähler auf eine Befreiung unterer politischen Zustände bei diesem Verfahren so schwach sind, darum werden diese großen Geldmittel flüchtig gemacht, und weil eine Wahlrechtsreform mit solchen impotenten Mitteln nicht getrieben werden kann, darum bleiben die alten politischen Verhältnisse bestehen. Der alte Zustand, das ein erheblicher Teil der Abgeordneten zum Landtage ohne jeden Gegenkandidaten gewählt wird, dürfte bei den diesjährigen Wahlen noch in starkem Maße geltend gemacht werden. Ein eigentlicher Wahlkampf findet nur in einigen ruhenden Kreisen statt, überall sonst herrscht die Ruhe des politischen Schlafes.

Erst wenn das preussische Volk aus sich selbst heraus den Willen gewinnt, die konterwärtige Zwingerherrenschaft abzuerben, sollte es, was es wolle, erhit dann wird auch der nötige Glanz, werden auch die erforderlichen großen finanziellen Mittel vorhanden sein: das geduldige preussische Volk bedarf eines großen Waks, eines gewaltigen äußeren Aufstoßes, um aus seiner tieferen Unbewusstheit zu erwachen, und es über 1813 zur Niederbringung des Fremdlinges in unserm Lande verhoffen hat.

Am Tag liegt die Gleichgültigkeit der Wählermassen auch an den wenig glücklichen Auswahlen der Kandidaten, die nicht vermögen, die Wähler mit sich fortzureißen und zu einer höheren Auffassung der politischen Pflichten zu begeistern. Ein unerquickliches Kapitel, das mit dem Parteikonventionen untrennbar verbunden ist.

Der Internationale Landwirtschaftscongr. Aus Rom wird uns telegraphisch berichtet: Die statistische Kommission der Versammlung des Internationalen Instituts für Landwirtschaft hat den Bericht über die landwirtschaftliche Statistik geprüft. Die Kommission forderte die Regierungen auf, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, dem Institut den statistischen Dienst zu erleichtern. Sie sprach den Wunsch aus, daß jeden Jahre für jedes Produkt die weiter anzunehmenden Verbesserungen mitgeteilt würden, und ferner, daß das internationale, von dem Institut heraus-

Kurze Chronik.

Zum Bischof von Münster ist Kapitularvikar Johannes Poggenburg gewählt worden.

Der König von Spanien ist um 10 Uhr 19 Minuten in Paris auf dem Bahnhof Bois de Boulogne eingetroffen, wo er vom Präsidenten Poincaré und den Mitgliedern der Regierung empfangen wurde.

In Ottawa fand gestern eine Parteiverammlung der liberalen Abgeordneten und Senatoren statt. Es wurde beschlossen, den Widerstand gegen die Flottenvorlage der Regierung rücksichtslos fortzusetzen.

gegebene statistische Jahrbuch noch umfangreicher und vollständiger gestaltet werde. Am Schluss der Sitzung sollte die Kommission Müller lebhaften Beifall.

Das Frauenwahlrecht in England abgelehnt.

(Telegraphischer Bericht.)

London, 6. Mai.

Das Unterhaus hat die Frauenwahlrechtsbill mit 266 gegen 219 Stimmen abgelehnt.

Das französische Luftverkehrsgezet.

(Telegraphische Berichte.)

Paris, 7. Mai.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte einem Berichtserfasser, daß der von ihm angelegte Gesetzentwurf zur Regelung des Luftverkehrs den Zweck habe, für die Sicherheit der Luftschiffe und des Luftverkehrs zu sorgen. Privatgeheimnisse zu schützen und die Bedingungen des Verkehrs und der Landung festzustellen. Das Gesetz ist sehr liberal; es verbietet es keineswegs grundsätzlich, den Luftverkehr über Städte und größere Ortschaften. Man werde vielleicht später eine Mindesthöhe für die Flüge anordnen müssen. Zu allgemeinen beziehe die geplante Vorlage die Luftfahrzeuge ungefahr so, wie gegenwärtig die Automobile behandelt werden. Die von einem deutschen Rechtsgelehrten erhobene Forderung, daß die Luftfahrzeuge gewissermaßen den Schiffen gleichgestellt werden, sei seiner Ansicht nach unberechtigt. Seine Grenzen überschreite. Die Behandlung der aus dem Ausland kommenden Luftfahrzeuge werde vorläufig auf dem Verwaltungsweg geregelt werden. Die Regierung werde sich für die volle Freiheit für die Verhandlungen mahnen, die über diesen Gegenstand unter den Mächten geführt werden würden. Schließlich erwähnte der Minister, daß es gegenwärtig in Frankreich bereits über 1800 Flugzeuge gebe.

Die Sperrung des Aermelkanals.

Paris, 7. Mai.

Offiziös wird gemeldet, daß der Marineminister die Torpedobootsflottille von Orient nach Danzig und die Interseeboote von Rochfort nach Herborn verlegt. Diese Maßnahme wird teils mit dem Anlegen der erforderlichen Kanäle, teils mit der Notwendigkeit begründet, alle verfügbaren Fahrzeuge für die Sperrung des Aermelkanals zu verwenden.

Gegen die Kriegshezer.

(Telegraphischer Bericht.)

Frankfurt a. M., 7. Mai.

Der Zentralvorstand des Verbandes für internationale Verständigung hat folgende Resolution beschlossen: Die Gesetzgebung, die von der deutschen Militärverwaltung lediglich zur Sicherung gegen künftige Eventualitäten in Vorschlag gebracht worden ist, hat die von der Reichsregierung gewiß nicht beabsichtigte Nebenwirkung gehabt, daß man im Auslande vielfach glaubt, Deutschland plane einen Angriffskrieg. Dadurch ist der Chauvinismus in verschiedenen Ländern wieder neu aufgefakelt, und die Wölker sind wieder in Verlegenheit vor einem Weltkrieg. In Wirklichkeit liegt die von der deutschen Militärverwaltung ferneiert Grund vor. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben durch eine jahrzehntelange Friedenspolitik den deutschen Beweis geliefert, daß sie keinen Krieg wollen. Und das Zusammenarbeiten der sechs Großmächte in der Balkanfrage hat die Beziehungen zwischen ihnen im ganzen verbessert. Die Tendenz der europäischen Politik ist heute nicht auf Entfackung eines Weltkriegs, sondern im Gegenteil auf eine Herbeiführung der gegenseitigen Freundschaft und Freundschaften gerichtet. Eine Kriegsgefahr droht also weder von den Regierungen, noch von den Völkern, sondern lediglich von chauvinistischen Hezern in den verschiedenen Ländern. Bei dieser Sachlage kann man den deutschen Völkern nur raten, ruhiges Blut zu bewahren und den Kriegshezern kein Gehör zu schenken.

Die diesjährige Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung findet am Sonnabend, 7. Sonntag, 8. und Montag, 9. Juni d. J. in Leipzig statt. Der Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im Jahre 1912 erstattet der Vorsitzende Heinrich Wenz zu Schönmach-Garolath. Die Vorträge und Verhandlungen der Gesellschaft betreffen nämlich die Pflege des geschichtlichen Denkens im Volke. Von den einzelnen Vorträgen und Referaten über diese wichtige und zeitgemäße Bildungsfrage heben wir folgende hervor: 1. Das Jahr 1813 und das deutsche Volk von heute. Universitätsprofessor Dr. Franzosenburg, Leipzig. 2. Das patriotische Drama auf der Bühne. Universitätsprofessor Dr. Wilmanns, Leipzig. 3. Geschichtliche Vorträge. Dr. Viktor Bohmner, Cronenburger. 4. Geschichte im Unterricht. Karl Schulz, Leiter der Ausfallstelle für oberdeutsche Volkserhaltung, Eppeln. 5. Geschichtliche Filme. Professor Dr. Karl Brunner, Charlottenburg. Mit Vorführung historischer Filme

in einem Kinematographentheater.) 6. Das Volkstied als Träger geschichtlicher Erinnerungen. Johannes Welden. Leiter der Meuse-Berliner Kammermusikvereinsung, Berlin. 7. Flieger und Luftkrieg geschichtlicher Erinnerungen. 8. Die Heimatkunde als geschichtlicher Aufwachungsunterricht (dargestellt an dem Beispiel von Belgien). 9. Die literarische Erziehung der deutschen Jugend — ein Bemerkenswertes aus großer Zeit. Gehheimer Hofrat Professor Hans Gernsamer. — Annahmungen zu der Versammlung sind zu richten an Herrn Oberlehrer Karl Wenzig-Grotter, Gleichzeitigkeitstraße 41, I. oder an die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin NW. 62, Rüneburger Straße 21, I.

Ein neuer Unfall in der Marine.

Ein Kapitänleutnant und zwei Matrosen ertrunken.

Ein offizielles Telegramm meldet:

Gestern Abend kenterte bei Hornum das Seeboot des Torpedoboots „G 89“. Die darin befindlichen Personen, der Kommandant Kapitänleutnant v. Jastrow mit den Torpedobermatrosen Pörsch und Gehardt, sind ertrunken. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Kapitänleutnant v. Jastrow war der Kommandant des Torpedoboots „S 178“, das am 6. März d. J. bei Helgoland von dem Panzerkreuzer „Pörsch“ überholt wurde und unterging, wobei der größte Teil der Besatzung, 70 Mann, ertrank. Der Kapitänleutnant v. Jastrow war damals beurlaubt und entging so dem Tode in den Wellen, der ihn nun wenige Wochen nach der damaligen Katastrophe doch ereilt hat. Hornum ist der südliche Teil der Insel Helg.

Bombenfunde in London.

(Telegraphische Berichte.)

London, 7. Mai.

In der Nachbarschaft der St. Paulskathedrale und in dem Bureau der Zeitung „Daily News“ wurden heute vormittag Bomben entdeckt. Ferner ist ein Geiselpatrouille durch Feuer zerstört worden. Man fürchtet die Schuld den Anhängern des Frauenstimmrechts zu.

London, 7. Mai.

Auch in der St. Paulskathedrale selbst, und zwar unter dem Stuhle des Bischofs, wurde heute früh eine Bombe gefunden. Sie wurde sofort in Wasser getaucht und dann der Polizei übergeben.

Der römische Bankandal.

(Telegraphischer Bericht.)

Rom, 6. Mai.

In der Kammer fand heute vor stark besetztem Hause und blickgefüllten Tribünen die Debatte über den Bericht der Untersuchungskommission betreffend den Fall des Justizpalastes statt. Das Wort nahmen die von der Kommission geladenen Abgeordneten Riccardo, Lugatto, Boggi und Albignone, die die gegen die vorgeschriebenen ausführend, unterlegten. Boggi und Albignone wurden mit Beifall ausgehört und von ihren Kollegen beglückwünscht. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Das glückliche Argentinien.

(Telegraphischer Bericht.)

Buenos Aires, 7. Mai.

Die Parlamentsession ist durch eine Resolution des Präsidenten eröffnet worden, welche darauf hinweist, daß Argentinien sich vollen Friedens erfreue, daß die Rechte eines höherrangigen Aussehens erreicht habe als jemals, daß der Handel aufblühe und die Einkommensverhältnisse des Jahres 1912 die besten früherer Jahre übertrafen, daß Gold im Land komme, und daß die auswärtigen Beziehungen vorzügliche seien. Sie zeigt die zufriedenstellenden Ergebnisse der Wahlreform, die den Sieg der radikalen Partei gefolgt habe, und erklärt Beunruhigungen über Erfolge der argentinischen Sozialisten für unnötig, da diese nicht revolutionär gekannt seien. Die Regierung werde weiter strenge Neutralitätspolitik bewahren und keine Partei unterstützen.

Argentinien werde mit dem Bürgerrecht für Fremde nicht verwehrt werden, aber jeden guten Bürger aufnehmen, wenn auch die einheimische Bevölkerung niemals in die Minderheit gedrängt werden dürfe. Die Staatseinnahmen hätten 405 237 000 Papierpesos, die Ausgaben 402 838 000 betragen. Die Staatseinnahmen während des ersten Vierteljahres 1913 hätten diejenigen des gleichen Zeitraumes 1912 um 16 Millionen überstiegen. Die innere konsolidierte Schuld wäre von 526 409 000 im Jahre 1911 auf 530 891 000 im Jahre 1912, die auswärtige konsolidierte Schuld von 690 272 000 auf 677 250 000 Pesos zurückgegangen. Die Einbuße 1912 mit 384 855 000 um mehr als 18 Millionen, die Ausfuhr mit 480 891 000 um 155 Millionen höher gewesen als im Vorjahre. Die Befände der Konventionen wären jetzt auf 292 Millionen Goldpesos angewachsen. Der Merkon führte jetzt die Konventionen hatten um eine Million Dollar zugenommen, die Ernte 1912 18 Millionen Tonnen betragen. 1820 Kilometer Eisenbahnen seien erbaut worden; das ganze Netz habe jetzt 32 624 Kilometer; ferner seien 1730 Kilometer Telegraphenleitungen neu erbaut.

Die Kolonialanleihen.

(Telegraphischer Bericht.)

London, 7. Mai.

In der gestrigen Sitzung des Internationalen Kolonialkongresses wurde die Frage der Kolonialanleihen behandelt. Das Referat hatte der frühere holländische Kolonialminister Pr. d. Gevert den Standpunkt, daß jeder Kolonie die politische Verantwortlichkeit verliehen werden sollte und sprach sich dagegen aus, daß das Mutterland eine Garantie für Kolonialanleihen übernehme.